

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zahlung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
ausw. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 1 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern ange-
nommen. Im amtl. Zeitungswesen
gehört unter Halle-Zeitung ein-
getragen. Für unzulässig eingegan-
nene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Halle-Zeitung“ ge-
statet. Fernr. der Schriftleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1142
u. 1414, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

Halle-Zeitung

Deutsches Reich
Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden 6. Spalten, 34 mm br. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. berechn. u. in unseren An-
nahmenstellen u. allen Anzeigenge-
schäften angenommen. Reklamen
die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen-Annahmegebühr vom.
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. 60 Pf.,
6 Uhr. Pöbelleitungen, soweit zu-
lässig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsart: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schrift-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Rauhe Hausstraße 13. Dr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Magdeburg 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 558.

Halle, Freitag, den 28. November.

1919.

Kriegszustand mit Lettland?

Im Betriebsräte-Ausschuß kann ein Kompromiß zustande. — Generalstreik in Bitterfeld.

Rückberufung der lettischen Vertreter aus Berlin.

Die Angriffe des Armees Bermondt's
Amalow als Kriegsbarun.

WTB. Berlin, 28. Nov. (Sonderblatt.) Wie bereits gemeldet, ist die deutsche Gesandtschaft in Mitau mit Rücksicht auf die militärischen und politischen Vorgänge aus Mitau zurückgezogen worden. Die lettische Regierung hat nunmehr ihre hiesige Vertretung gleichfalls zurückberufen und betrachtet sich unter Hinweis auf die Angriffe der ehemals reichsdeutschen Truppen unter Bermondt-Amalow als mit Deutschland im Kriegszustand befindlich. Die noch in Riga und Mitau befindlichen deutschen Vertreter werden daraufhin gleichfalls zurückberufen werden.

Präsident Ebert für Deutschösterreichs Unterstützung.

Eine Nationalpforte für die Stammesbrüder.

Reilin. 28. November. (Via Drahnachricht.) Wie wir hören, wird Reichspräsident Ebert einen Aufruf erlassen, in dem die Deutschen zu Spenden für Wien und Deutsche Österreich aufzufordern werden. Dieser Aufruf ist auf eine Anregung zurückzuführen, der von sämtlichen Reaktionen der Nationalversammlung ausgingen ist. Es soll eine Art Nationalpforte für die Stammesgenossen in den Alpenländern werden.

Kompromiß im Betriebsräte-Ausschuß

Auch die Unabhängigen stimmten zu.

WTB. Berlin, 28. Nov. (Sonderblatt.) In der heutigen Sitzung des Betriebsräte-Ausschusses der Nationalversammlung wurde folgender Kompromißantrag mit den Stimmen der Regierungsparteien und der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen: Der Betriebsrat hat in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer, sowie ihre Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme, jedoch keine Vertretungsmacht und keine Ansprüche auf eine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Generalstreik im Bitterfelder Bezirk.

Wie uns berichtet wird, hat die Abstimmung der Arbeiterschaft der Gemischen und der Braunkohlenindustrie über den Generalstreik am Donnerstag stattgefunden. Es stimmten 6000 Arbeiter für und 4000 Arbeiter gegen den Generalstreik, der also damit angenommen ist. Ausschlaggebend für dieses Ergebnis waren die Abstimmungsverhältnisse in der Braunkohlenindustrie. Der Generalstreik wird heute, Freitag, nachmittag 2 Uhr beim Schichtwechsel eintreten.

Die zum Reichswehrminister entsandte Arbeiter-occupation ist zurückgekehrt; sie hat dort den Befehl erhalten, daß die Regierung das Einrücken der Truppen nicht als Grund zum Streik ansehen könne. Die Arbeiter haben folgende Forderungen aufgestellt:

1. Zurückziehung des Militärs;
2. Haftentlassung des Streikführers Rübbs;
3. Aufhebung des Haftbefehls gegen den Vertrauensmann Paar;

4. Wiedereinstellung des Rauchfuß, der auf Grund bekannter früherer Vorfälle durch ein paritätisch zusammengesetztes Schlichtegericht seines Postens entbunden werden ist;
5. Aufhebung des Ausnahmezustandes.

Die Arbeiterführer haben die Arbeiter zur Innehaltung strengster Disziplin aufgefordert. In Bitterfeld ist alles ruhig. Vom Militär-befehlshaber sind die nötigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffen worden.

Der Bitterfelder Generalstreiks Beschluß.

Wie der Beschluß zustande kam.
WTB. Bitterfeld, 28. Nov. In der Versammlung der Betriebsräte in Bitterfeld am 27. d. M., nachmittags wurde der Generalstreik der Gemischen Industrie und des Bergbaus des Bezirks Bitterfeld, beginnend am 28. November, 2 Uhr nachmittags beschlossen. Die Versammlung fand statt auf Grund der Delegiertenversammlung des 26. November, in denen über den Eintritt in den Generalstreik abgestimmt werden sollte. In diesen Versammlungen haben bei weitem nicht alle Arbeiter teilgenommen. Auch ist bei den Bestimmungen überhaup nicht klar zum Ausdruck gekommen, daß über den Eintritt in den Generalstreik abgestimmt werden sollte. Aus einer Anzahl von Betrieben wird gemeldet, daß über die Frage abgestimmt worden sei: Wollen wir unter dem Druck des Belagerungszustandes arbeiten?

Eine weitere Abstimmung be-
Leipzig. 28. Nov. (Eigene Drahnachricht.) Wie der „Leipziger Volkszeitung“ aus Bitterfeld gemeldet wird, hat die Gesamtstimmung unter den Bergleuten mit überwiegender Mehrheit den Beschluß ersehen, die Arbeit niederzulegen, solange die Reichswehrtruppen nicht entfernt sind. In der Gemischen Industrie ist auch eine Meinung für den Streik, doch ist sie nicht so groß. Ob die allgemeine Arbeitniederlegung stattfindet, ist noch nicht entschieden. Eine Abordnung der Streikenden hat sich nach Berlin begeben, um mit dem Reichswehrminister Poste über die Wiedereinstellung des Belagerungszustandes und die Zurückziehung der Truppen zu verhandeln. Das Wort Goldene Arbeiterbewegung ist von Militär befeht. Die Streikleitung des Berges Elektron ist zum Teil verhaftet worden. Einige Militäre sind mit Kommen. Auch der Führer Saar von der Amalinsfabrik, der bereits verhaftet war, ist entlassen.

Zu den Unruhen im Bitterfelder Revier.

Vor dem Bekanntwerden des Generalstreiks-Beschlusses wurde uns noch geschrieben:
„Aur Arbeit kann uns retten“ — wird von allen Seiten immer und immer wieder mit vollem Redite betont. Dieser Gedanke ist in der Arbeiterkraft in erschütternder Weise durchgedrungen — es ist deshalb auch außerordentlich zu verstehen, wenn sich zahlreiche Beteiligte entschließen, Leber- oder Feiertagsfeiern im Interesse der Hebung unserer dankverfügbaren Produktion zu verzichten. Auch im Bitterfelder Revier möchte sich diese gute Wucht geltend, als man sich zur Arbeit am Buhage bereit erklärte. Wenn diesem Anfinnen nicht entgegen wurde, so muß mit Recht gesagt werden, daß eine Durchdringung eines gefehlichen Feiertages ohne weiteres nicht hätte sein kann. Der Buhage ist als alter religiöser Feiertag gefehlich anerkannt. Ebenso, wie der 1. Mai durch Reichsgesetz zum allgemeinen Feiertage erhoben wurde und keine Anerkennung insbesondere von der sozialistischen Arbeiterkraft verlangt wird, so muß auch umgekehrt ein religiöser Feiertag, wie es der Buhage ist, von den Andersdenkenden anerkannt werden. Das sollte gerade in der freien deutschen Republik, wo über laut Artikel 135 der Reichsverfassung die volle Freiheit der Religionsübung besteht, bedacht werden. — Wären die Arbeiter über die Verleistungen rechtzeitig mit einem Antrag an die Regierung hergetreten, so wäre vielleicht eine Reg. luna möglich gewesen, die unter Schonung der religiösen Bedürfnisse eine Ausnahme zu erlassen hätte. Gegenüber dem spontanen unmittelbaren Entschlusse der Arbeiter im Bitterfelder Revier war es nicht anders möglich als die Bestimmungen des Gesetzes als maßgebend zu erachten.

Die Lehrerinnen in der Deutschen demokratischen Partei.

Von Alwine Reinoldy/Charlottenburg.

Eine Vereinigung demokratischer Lehrerinnen ist schon in Berlin gegründet worden. Die Vorsitzende des vorläufigen Vorstandes sendet uns folgende Darstellung über die Aufgaben der neuen Vereinigung:
Für die Lehrerinnen, die stark in ihrer Berufsorganisation wurzeln, und die jahrzehntelang mit und für den Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein, der den Zusammenschluß aller deutschen Lehrerinnen verkörpert, gekämpft und gearbeitet haben, ist es kein leichter Entschluß, alle die Bedenken zu überwinden, die sich einer Vereinigung der Lehrerinnen innerhalb der politischen Parteien entgegenstellen. Ich verneine die Gefahren nicht, die die Eingliederung des Lehrerinnenstandes drohen könnten, wenn Erziehungs- und Standesfragen allein vom politischen Standpunkte aus erörtert würden, und wenn dadurch die einheitliche Front der Lehrerinnen, die sich in so mancher Kampfsituation bewährte, verloren ginge. Dies kann und soll nicht sein, denn wir haben als Frauen und Berufsgenossen so viele gemeinsame Ziele zu erringen, daß wir einander nicht entfremden können und wollen, denn trotz der gefürchteten Gleichberechtigung der Geschlechter muß sie in der Wirklichkeit noch zu oft gefühlt und empfunden werden.

Aber neben der Berufstreu — allgemein gesprochen — sind wir Mitglieder der Partei, der wir nach unserer Weltanschauung am nächsten stehen. Wir sind es fast selbstverständlich erschienen, daß die Lehrerinnen, die bisher bewußt entrückt für die Gleichheit und Gleichwertigkeit ihrer Geschlechtsgenossinnen und tätige Mitglieder der Frauenbewegung waren, diese Gleichheit auch allen ihren Volksgenossen zubilligen müssen und daher gar nichts anderes sein können, als Demokratinnen. In und für die Partei, zu der wir gehören, zu arbeiten, ist unsere nächste Pflicht, um der Weltanschauung, die sie vertritt, zum Siege zu verhelfen. Und wer könnte hierbei wohl einen größeren Einfluß ausüben als die Lehrer. Ich möchte hier vorweg bemerken, daß ich jede politische Betätigung in der Schule ganz entschieden ablehne und verurteile. Die Schule ist kein Zummelplatz für politische Kämpfe und politische Agitationen. Wir steht zudem die Jugend zu hoch, und ich habe zuviel Achtung vor ihr, als daß ich es wagen dürfte, sie durch politische Wühlarbeit zu vergiften. Aber etwas ganz anderes ist es, wenn ich wünsche, daß unsere Jugend groß werde in einer Umgebung, in der der Geist der Freiheit, der Gerechtigkeit, der Duldsamkeit herrscht, daß unsere Jugend erzogen werde in Mäßigkeit dem letzten Staatswesen gegenüber, das sie lernen, Bürger des neuen Deutschlands zu werden. Es kommt ihnen nicht, wenn die Blicke der Kinder stets mit Wehmut auf das gefenkt werden, was veranpaßt, vielleicht schön war, aber nicht mehr vorhanden ist. Die Jugend muß anmächtig und vormärts, aber nicht rückwärts geführt werden. Sie muß in Dankbarkeit das Gewese, das gut war, schätzen und würdigen, aber daneben das Werden und Kommende erstreben lernen.

Für wahr, nicht leicht ist es uns demokratischen Lehrerinnen in den letzten Monaten gemacht worden, diese unsere Ansicht in der Schule zu vertreten, hat doch — wenigstens in Groß-Berlin — ein starker Hind nach rechts innerhalb des Lehrerinnenstandes stattgefunden. Aber desto wichtiger und notwendiger ist es, daß die auf derselben Weltanschauung stehenden Lehrerinnen sich eng zusammenfinden, und das tun, was die Lehrerinnen anderer Parteien längst getan haben, eine Vereinigung bilden, die den vereint in oft reaktionärer Umgebung arbeitenden Kolleginnen einen Rückhalt bieten kann. Dies war einer der Gründe, der eine Anzahl von Lehrerinnen aus Groß-Berlin auf Anregung der Schulkommission des Frauenarbeitsausschusses der Deutschen demokratischen Partei veranlaßte, eine Vereinigung deutsch-demokratischer Lehrerinnen zu grün-

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919
Ihr Besitz erleichtert Deine Steuern!

den. Sie ist dem Frauenarbeitsausschuss der Partei angegliedert, also kein eigener Verein, nur aber, soll ihren Zweck erfüllen, über das ganze Reich ausgedehnt werden. Auch mir müssen, wie es in dem Aufruf zur Gründung einer deutschlandweiten Arbeiterorganisation heißt, danach streben, in jeder kleinen Stadt, in jedem Dorf Vertrauenspersonen, und zwar demokratische Vertreterinnen zu haben. Nur dann können wir erreichen, dass die demokratischen Forderungen für Schule und Lehrerinnenland wirksam in der Partei, im Parlament und in der Öffentlichkeit vertreten werden, dass die Gleichberechtigung der Lehrerinnen nicht nur grundsätzlich auf dem Papiere steht, sondern in der Tat überall durchgeführt werde. Um diese und viele andere demokratische Forderungen, auch für die Mädchenbildung, wirksam setzen zu können, brauchen wir eine feste Verbindung mit allen demokratischen Vertreterinnen unseres Landes. Wir haben es daher mit Freuden begrüßt, daß auf der Tagung des Frauenarbeitsausschusses, die bei Gelegenheit des Parteitagcs in Leipzig stattfand, der Zusammenschluß der demokratischen Lehrerinnen ein Punkt der Tagesordnung ist. Die selbigen Verhältnisse verhältnisse haben es ja bisher verhindert, einen Kreis von demokratischen Lehrerinnen aus allen Teilen unseres Vaterlandes zu einer persönlichen Aussprache zu vereinigen.

Ich hoffe, daß diese kurzen Anregungen dazu beitragen mögen, daß in vielen Ecken die demokratischen Lehrerinnen sich zusammen-schließen werden zu Vereinigungen, die als Landesorganisationen in den Reichsarbeitsausschuss der Frauen der Deutschen demokratischen Partei wieder münden werden.

Gleichauf zur gemeinsamen Arbeit für den Aufbau unseres Vaterlandes an und durch die uns anvertraute Jugend!

Erhöhung der Teuerungszulagen an Eisenbahner?

Berlin, 27. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Das deutsche Eisenbahnerverband und der Gewerkschaft der deutschen Eisenbahner überreichte heute im preussischen Eisenbahnministerium und im Reichsfinanzministerium eine Denkschrift, in der bis zur Durchführung der kommenden Besoldungsreform eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen gefordert wird. Die laufenden Teuerungszulagen sollen bei jeder Tarif-Erhöhung zwischen der Eisenbahnverwaltung und der Eisenbahnarbeiterchaft ebenfalls neu festgelegt werden, um so das Beamten- und Arbeiterkommen innerhalb der Eisenbahn- und Arbeiterverwaltung in einem organischen Zusammenhang zu bringen. Die Denkschrift enthält umfangreiches statistisches Material über das sprunghafte Emporsteigen der Warenpreise in den letzten vier Monaten. Die Vertreter der Ministerien nahmen mit Interesse von der Denkschrift Kenntnis und weitere Verhandlungen zu.

Die Skandalaffäre Parvus-Sklarz.

Berlin, 28. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Im Lager der mehrheitssozialistischen Partei wird die Affäre Parvus-Sklarz mit wachsender Unruhe verfolgt. Man ist zwar der Ansicht, daß die führenden Männer der Partei durch die ganze Angelegenheit nicht kompromittiert werden und der Skandal dadurch nicht allzu groß werden kann. Dagegen müssen die Herren Parvus und Baumelher, die hinter den Kulissen der Partei große Aktionen geleitet hatten, das

Feld räumen.

Wenigstens hat sich der Parteivorstand ziemlich einmütig auf den Standpunkt gestellt, daß Dr. Seligmann (Parvus) und Baumelher ihre Rolle nicht weiter spielen dürfen. Was die Herren Georg und Heinrich Sklarz anbetrifft, so habe ich einmündig feststellen können, daß beide in der Partei keine Rolle gespielt haben, sondern lediglich an den rein gelegentlichen Aktionen des Herrn Parvus beteiligt waren. In den Januar-Urlaub hatte der

"Vorwärts"-Redakteur Rutner

die Verteidigung des Brandenburger Torcs und des Reichstagsgebäudes durch organisierte mehrheitssozialistische Arbeiter geleitet. Dabei hat Herr Baumelher, dem die Führung der Reichstagsgruppen angeteilt wurde, durch die Brüder Sklarz das ganze Unternehmen finanzieren lassen. Heinrich Sklarz spielte dabei den

Lebensmittelkäufer und Geldleiher.

Dadurch kamen die Brüder Sklarz mit Scheidemann und Rose in Verbindung. Rose hat mit mehreren Offizieren eine Zeitung bei Sklarz verkehrt und war wiederholt bei ihm zum Abendessen eingeladen. Ferner hat

Scheidemann

durch die geschäftlichen Verbindungen der Brüder Sklarz in Kopenhagen und der Schweiz Beziehungen zu ähnlichen Geschäftskreisen und solchen der Schweiz unterhalten.

Wie gemeldet wird, ist das Friedensmanche überfällig von den Herren Parvus und Sklarz für 700 000 M. aufzutun worden.

Ein Vertreter des "F." hatte eine Unterredung mit dem Reichswehrminister Rose, der sich bei dieser Gelegenheit auch über den Fall Sklarz aussprach. Ich kenne die Herren Parvus und Sklarz nur ganz flüchtig, sagte der Minister, und weiß daher nur sehr wenig von ihren Geschäften. Die dänische Sozialdemokratie hat die Tätigkeit des Herrn Parvus im Interesse der dänischen Gewerkschaften sehr gelobt. Er lieferte große Mengen Kohlen an die dänischen Gewerkschaften, und da er die Einkäufe unter Umgehung der Herren Stinnes und Thomsen in Deutschland bewirkte und die Kohlen in selbstgecharterten Schiffen transportierte, so hat er wohl an der

Frachtkostenbilliger nicht unerheblich verdient.

Ich selbst habe weder in näherem persönlichen noch geschäftlichen Verkehr mit ihm gestanden. Den Herrn

Sklarz habe ich erst in der Zeit nach der Revolution kennen gelernt. In den Januar-Tagen, wo es hart auf hart ging, haben Geertz und Scheidemann allerdings wiederholt eine Aufforderung des Herrn Sklarz, in seiner nahegelegenen Wohnung zu speisen, Folge geleistet.

Sklarz stellt Strafanzug.

Berlin, 28. November. Der in den letzten Tagen wiedergenannte Herr Sklarz stellte gegen die Urheber der sich gegen Mitglieder der sozialdemokratischen Partei richtenden Mitteilungen Strafanzug.

Unmöglichkeit einer sozialistischen Einheitsfront.

Das sozialdemokratische Mittelteil der Nationalversammlung Meerfeld wirt im "Vorwärts" vom 21. November die Frage auf, wieviel die Verständigungsmöglichkeit innerhalb der sozialdemokratischen Gruppen geht. Er schreibt wörtlich:

Der linke Flügel der Unabhängigen selbst von vornherein aus denn die Däumig, Eichhorn und Genossen haben mit ihrer Verwerfung der Demokratie ein sozialdemokratisches Grundprinzip über Bord geworfen. Ob das unabhängige "Zentrum" — ebenfalls nannte "Ziel der Parteimitte einmal den "Eumpf" — als fester Kern für man wohl Differenzierung und Mittweg anstreben darf, für ein anderer Partei annehmbarer Einigungsprogramm zu haben kein würde, muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Weist also der rechte Flügel mit Kaunitz und Kretzschmar, Ihr unter Wille in allen Ehren, aber werden sie, falls es wirklich zu einer Einigung auf einer für beide Teile annehmbaren Plattform käme, auch Massen hinter sich bringen? Möglich wäre es schon, denn der Verständigungsmodus ist innerhalb der Arbeiterchaft sehr stark. Dennoch ist heute nicht abzuschätzen, mit welchem Erfolge die "reproduktions" Demagogie aus einer Verflechtung Kapital schlagen würde. Denn in dem Augenblick, wo die Kaunitz und Kretzschmar zur alten Partei zurückkehren — in demselben Augenblick würden sich auf die diesbezüglichen Schmachttitel von ihr her erheben wie auf die "Steinmannen". Sein wir uns darüber noch klar. In jedem Betracht: eine sozialistische Einheitsfront bekommen wir nicht. Im besten Falle wird die Grenzlinie ein wenig mehr nach links verlegt."

Was wird aus dem Betriebsrätegesetz?

Berlin, 28. November. Bezüglich des Betriebsrätegesetzes haben die Sozialdemokraten beschlossen, in der heutigen Sitzung des Ausschusses eine klare Stellungnahme dem Zentrum zu verlangen, welches bisher erklärt hat, die Verantwortung ohne Mitsprache der Demokraten nicht tragen zu können. Der kritische Punkt über die Anstellung der Vertreter wird entsprechend den Forderungen der Sozialdemokraten erörtert. Es handelt sich nunmehr um die Bilanz je nach. Sollte es heute zu einer Ablehnung der sozialdemokratischen Forderungen in diesem Punkte kommen, so erwünscht daraus, wie der "Vorwärts" sagt, möglichweise die größten Konsequenzen.

Die Strafen im Betriebsrätegesetz.

Berlin, 27. November. Im Ausschub der Nationalversammlung für Sozialpolitik in dem das Betriebsrätegesetz zur Beratung steht, hat die Sozialdemokratie folgenden Antrag eingebracht: Was die Strafen im Betriebsrätegesetz anbetreffend, die absichtlich oder grob fahrlässig den Betrieb oder dessen Vertreter in den Fällen, in denen sie nach diesem Gesetz zur Auskunft verpflichtet sind, falsche Auskunft geben. — Gegen diesen Antrag wandert sich wegen seiner unübersichtlichen Folgen alle übrigen Parteien sowie die Vertreter des Reichsjugendministeriums. Daraufhin wurde der Antrag bis zur zweiten Lesung zurückgezogen.

Die Sedenten der Industrie gegen das Betriebsräte-Kompromiß.

Berlin, 27. November. In dem parteipolitischen Kompromiß über das Betriebsrätegesetz nahm am 28. November das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie Stellung. Einmütig wurde das angelegentlichste Kompromiß der Regierungspartei als schwerste Fehlbildung des deutschen Wirtschaftslebens bezeichnet.

Das Anti-Streitgesetz und die Gewerkschaften.

Berlin, 28. November. (Eig. Drahtnachricht.) Das in Aussicht stehende Gesetz zur Vermeidung wilder Streiks ist im Eisenrhythmen mit der Vertung der sozialdemokratischen Gewerkschaften entworfen worden. Da das Gesetz in der Hauptsache die Arbeitschaft von den Streiks abhalten soll, wird die Gewerkschaftsstellung wegen ihrer Teilnahme an der Ausarbeitung des Gesetzes kritisch angegriffen. Die mehrheitssozialistische Reaktion hat sich nicht über ihre Stellungnahme zu dem Streitgesetz entschieden, auf dem linken Flügel der Partei jedoch es heute schon auf hartes Mißtrauen.

Spartaluche in Oberschlesien.

Mit uns aus Breslau berichtet wird, betrieben dort die Spartaiken unter Ausnutzung der durch den Frost verursachten Kohlennot und der Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung eine heftige Streiktheke. Der Christliche Metallarbeiterverband teilt in der Presse mit, aus den vertriebenen Orten des Industriebezirkes komme gemeldet, daß es ganz bestimmt zum Streik kommen werde.

Rücktritt des gesamten polnischen Kabinetts.

Wien, 27. November. Nach hier vorliegenden Meldungen aus polnischer Quelle haben sämtliche Minister des Kabinetts Paderewski ihre Demission überreicht.

Rücktritt des Königs von Italien!

Londoner Blätter melden aus Rom, daß man bei der Erklärung des neuen italienischen Parlamentes

große Unruhen erwartet. Wie verlautet, haben die Sozialisten, die aus den letzten Wahlen vertriebt hervorgegangen sind, die Wölfe, bei der Eröffnung des Parlamentes energisch aufzutreten und es dem König unheimlich zu machen, seine Krone abzugeben zu werden. Ähnlich finden Kabinettsbildungen zur Ablehnung der Schwierigkeiten statt. Man erwartet die Möglichkeit eines Rücktritts des Königs. Es verlautet, daß der Herzog von Savoie oder der Prinz ihm an den Thron folgen werde.

Deutsches Reich.

Vorsturz nur schriftliche Verhandlungen des Untersuchungs-Ausschusses.

Berlin, 28. November. Der parlamentarische Untersuchungs-Ausschuss für die Vorgeschichte des Krieges einigte sich gestern auf die Abstimmung des Fragebogenes für die Zeit zwischen dem Abtritt von Cerarjemo und der Kriegserklärung, sowie über die Aushebung ein- oder zweier Sachverständiger. Der Fragebogen löst an die Hauptausführpersonen zu einer vorläufigen schriftlichen Verantwortung verhandelt werden. Nach dieser Verantwortlichmachung des Arbeitsplanes will man nächste Woche an dem Gesamt-Ausschuss beratscheln, um die mündliche Vernehmung über jene Zeit im Anfang Januar beginnen zu lassen.

Englische Ausstellungen in Westdeutschland.

Berlin, 28. November. (Eig. Drahtnachricht.) In Westdeutschland haben sich bereits englische Handels-gesellschaften niedergelassen. Es heißt nach aus-gesendeten Informationen kein Zweifel darüber, daß in den kommenden Jahren sehr viel ausländisches Kapital im Rheinlande arbeiten wird. Schon jetzt wird die höchst bedenkliche Beobachtung gemacht, daß ausländische Privatpersonen in ihren geschäftlichen Aktionen Beziehungen mit führenden Zentrumspolitikern des Rheinlandes anknüpfen.

Ausland.

Das französische Wahlergebnis.

Paris, 27. November. (Haas.) Bisher sind 600 Abgeordnete der Kammer gewählt; es stehen nur noch 10 Sitze der Kammer und weitere 8 Sitze aus, wegen welcher ein zweiter Wahlgang erfolgen muß. Gewählt sind: 133 Demokratische Sozialisten, 83 sozialistische Abgeordnete, 2 republikanische Sozialisten, 68 uniliterierte Sozialisten, 68 liberale Sozialisten, 133 Progressisten, 69 Vertreter der Action liberale und 21 Konföderation.

Der russische Virewort.

Sankt Petersburg, 27. November. Die Nordwestarmee und die russische Nordwestarmee werden am 1. Dezember die Westfront konzentrieren an der Nordwestfront nord-türkische Truppen, so daß die Stellung der Front außerordentlich schwer ist. Ueber die Kriegensfrage teilt ein amerikanischer Offizier mit, daß die Friedensverhandlungen bereits während des Aufstehens Litwinoffs in Dorpat beginnen sollten. Die Engländer verheißt er den, da sie zuerst selbst mit Litwinoff verhandeln wollten. Die Verhandlungen werden nach der Rückkehr Litwinoffs im Dezember wieder aufgenommen werden.

Der Kilian-Prozess.

(Schweitzer T. a. — Erster Teil.)

Schweitzer wurde Bürgermeister Sendeil vernommen, und zwar ebenfalls über die Vorrede im Manifest, das ebenfalls der Verhandlungen über das vom Arbeiterpartei gefällte und nachher abgeänderte Ultimatum. Der Zeuge erzählt, daß er am 7. Januar, etwa um 1/2 Uhr nachm., auf dem Marktplatz gekommen ist, um eine ziemlich große Menge aus dem Rathaus heraus zu werden. Als ich dazu kam, sprach er mir ein Wort. Es drehte sich darum, ob Tuppen nach dem Rhein durchzulassen werden sollten. Das sollte nicht unauflöslich werden; denn die Soldaten dort müßten dann gegen die russischen Arbeiter kämpfen. Ich habe endlich mit einem Schrei als Kilian Vorrede und Briefchen.

In meinem Parolier errieteten mich bereits 5 Leute, die von mir forderten, daß ich den vom Manifest gegen das erste

Ultimatum des A. und S. Rates

verfassen abtenden Beschluß zurückziehen sollte. Sie forderten weiter, daß in Vertretung des Manifests meinerseits der Ultimatum zurückziehen sollte. Ich erklärte, daß ich nicht der Überbringer sei und nicht ein Mann für den Mann sein könnte, noch als Einzelner einen Manifestbeschuß nicht widerrufen könnte. Hieraus machten die Leute alle möglichen Nach-anforderungen um darzutun, daß das doch möglich wäre. Ich betonte wieder, daß ich es ablehnen müßte, jedoch Stellung nehmen einen Manifestbeschuß zu nehmen, den ich nicht als Mitglied betrachten würde. Ich bemerkte aber, daß der Manifest selbst keine hebräisch eine neue Stellung annehmen einem selber Beschluß einnehmen, und ich erklärte mich bereit, den Manifest zu veranlassen, daß er nochmals sich mit den Nordrunden des Arbeiterrates sich beschließen. Da erklärte mir der Führer der Nordrunde, Herr Schildbrandt, daß ich der unteren stehenden Menge selbst zurückziehen sollte, der Manifest würde bereit, am nächsten Morgen nochmals zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Hieraus entnahm ich, daß die Menge unannehmbar war, um von mir diese Mitteilung zu hören. Ich erklärte Herrn Schildbrandt, daß ich meinerseits keinen Grund habe, den zu tun, das Manifest wieder zurück zu ziehen, aber daß ich nicht zurückziehen würde, wenn ich nicht persönlich zu ihr werde. Da ich immer wieder Einwendungen erhob und sich weigerte, erklärte mir Schildbrandt: Nun, dann kann ich Ihnen tun, daß das für Sie annehmbar wäre, denn wenn Sie nicht selbst herkommen, kann es scheitern.

daß die Menge Sie selbst herunterholt!

Ein solcher Vorwand aber hätte weder mit noch der Sache zuehnt und die Entschloß ich mich, ein Ende zu machen, mit

Das billigste Weihnachtsgeschenk ist ein gutes Buch. Vorlangen Sie meinen Weihnachtskatalog 1919. Goethe-Buchhandlung (Franz Josal-Verlag). Halle a. S. — Gr. Ulrichstraße 63. Fernruf 4520.